

MEINUNG

Der kluge Mittelweg

Obama korrigiert Atomwaffen-Strategie mit Augenmaß

Mit der bedeutendsten Änderung der Nuklear-Strategie seines Landes seit dem Zweiten Weltkrieg hat US-Präsident Barack Obama einen Mittelweg eingeschlagen. Der neue Kurs bricht zwar in einigen Bereichen klar mit der Politik seines Vorgängers George W. Bush. Doch unterm Strich fällt das Dokument weniger mutig aus, als es sich die Befürworter einer umfassenden Abrüstungspolitik erhofft hätten.

So verzichten die USA beispielsweise nicht ausnahmslos auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Und das Versprechen, chemische und biologische Angriffe nicht mit einem Atomschlag zu vergelten, ist löchrig wie ein Schweizer Käse. Statt die nukleare Bedrohung zu verringern, verschafft die neue Strategie dem Präsidenten lediglich mehr Zeit zu entscheiden, ob er auf den Knopf drückt. Andererseits beseitigt Obama die Unschärfe des bisherigen Kurses, der seine Wurzeln im Kalten Krieg hat: Staaten, die sich an das Nichtverbreitungs-Abkommen für Atomwaffen halten, werden nun erstmals ausdrücklich von einer nuklearen Vergeltung ausgenommen. Beifall verdient auch der Verzicht auf die Entwicklung neuer Atomwaffen.

Aus deutscher Sicht enttäuschend: der Verbleib der amerikanischen B-61-Altbestände in der Bundesrepublik. Diese atomaren Gefechtsköpfe werden nicht einseitig abgezogen, sondern sollen Teil späterer Abrüs-



Von Thomas Spang

tungsverhandlungen mit Russland werden. Für die USA ist es durchaus sinnvoll, diese Verhandlungsposition nicht bereits im Vorfeld der Gespräche zu räumen.

Mit seinem Mittelweg erweist sich Obama abermals als Realpolitiker, der sich lieber in der Kunst des Möglichen übt, als eine rosige Traumwelt zu entwerfen. Der US-Präsident weiß, dass es echte Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung nur dann geben kann, wenn er den Kongress für seine Politik gewinnt. Genau deswegen wägt das gestern vorgestellte Dokument alle Optionen mit der gebotenen Vorsicht. Insgesamt stärkt der Friedensnobelpreisträger mit seiner Strategie die Glaubwürdigkeit der USA. Und das genau zum richtigen Zeitpunkt: zwei Tage vor Unterzeichnung des Start-Abkommens in Prag und gut eine Woche vor Beginn der Konferenz über nukleare Sicherheit in Washington.

Der Testfall für die künftige Nuklear-Strategie liegt nun in den atomaren Provokationen des Iran. Gewiss wird Obama die Mullahs nicht dadurch beeindrucken, dass er selbst mit gutem Beispiel vorangeht. Doch die Kurskorrektur könnte helfen, die diplomatische Front gegen einen nuklear bewaffneten Iran zu schließen und scharfe Sanktionen gegen das Regime in Teheran durchzusetzen.

Im Internet:

www.saarbruecker-zeitung.de/meinung

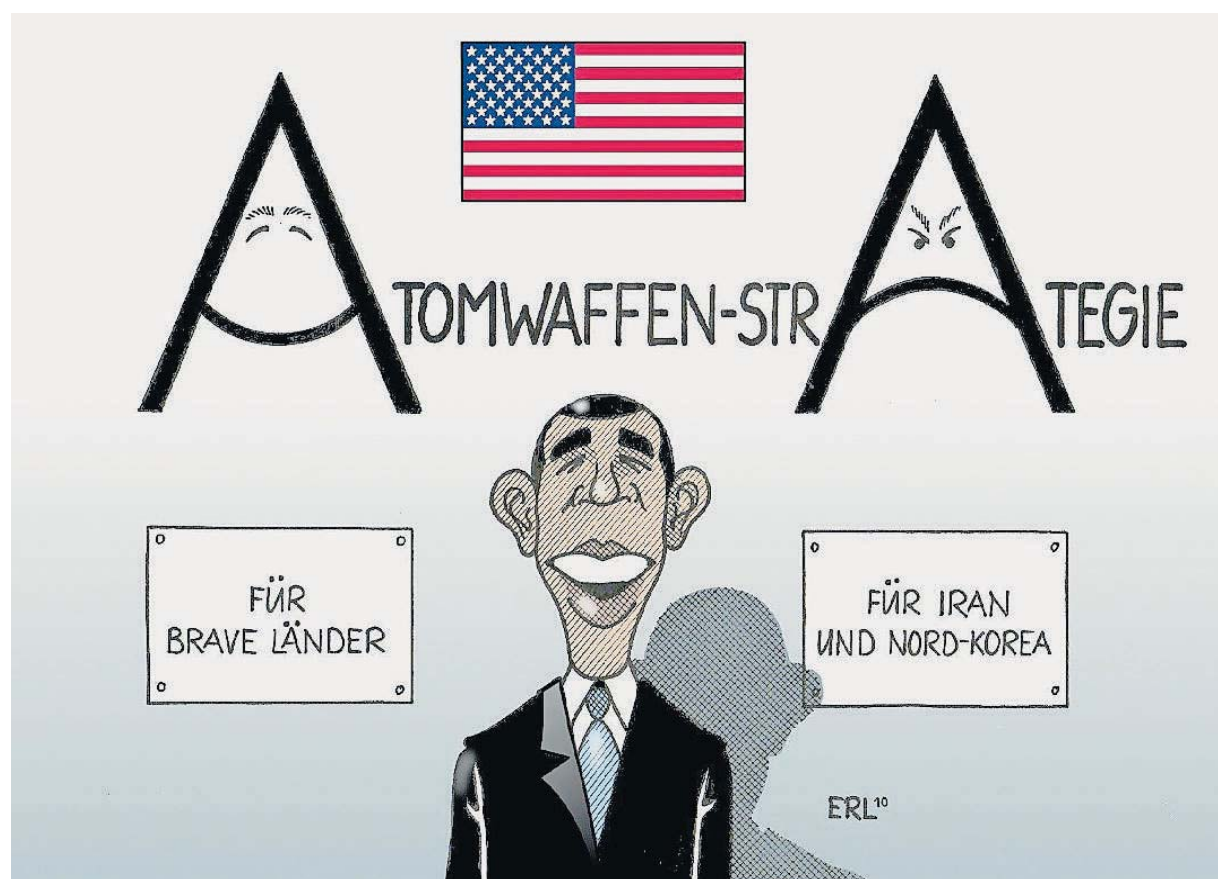
GLOSSE

Vergesst Jamaika!

Von Leo Lachmann

Die schwarz-gelb-grüne Regierungstruppe im Saar-Ländle will partout kein Jamaika-Feeling aufkommen lassen. Da mag die vereinte Opposition nölen, wie sie will: Peter Müller und die Seinen halten wenig von karibischem Flair. Und wie sich jetzt herausstellt: zu Recht! Wie stand nämlich in der Zeitung zu lesen? Der Inselstaat ist pleite, Jamaika kann den meisten Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Da mag das Meer noch so

türkis-farben schimmern und die weißen Sandstrände ein lockeres Leben versprechen – vom finanziellen Fluch der Karibik will unser Finanzminister Jacoby nichts wissen. Verständlich, er hat schon genug mit seinen eigenen elf Milliarden Miesen zu tun. Übrigens sind auch knallbunte Shirts und Raggae-Rhythmen nichts für den saarländischen Kassenwart, der doch immer schnieke gekleidet durch die Gegend läuft. Deshalb: Vergessen wir Jamaika, für unsere Finanzlage gibt's einen anderen Namen: Sa(a)rkasmus.



Der feine Unterschied

Karikatur: Erl

Bürger entscheiden über die Baustelle Bildung

Schulpolitik ist zentrales Thema im nordrhein-westfälischen Wahlkampf

Von dpa-Mitarbeiterin Bettina Gröneward

Düsseldorf. Die Bildungspolitik ist in Wahlkämpfen ein zentrales Schlachtfeld – das hat sich in den vergangenen Jahren in vielen Bundesländern gezeigt. Nicht nur im Saarland steht der Streit um neue Strukturen, Ganztagschulen, mehr Lehrer und kleinere Klassen im Vordergrund. Auch vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai dreht sich vieles um das Thema Bildung, nachdem Rot-Grün 2005 nicht zuletzt wegen der Schulpolitik abgewählt worden war.

Nun hofft die schwarz-gelbe Landesregierung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), mit ihrer bildungspolitischen Leistungsbilanz beim Wähler zu punkten. Aufgeschreckt durch das allenfalls mittelmäßige Abschneiden nordrhein-westfälischer Schulen bei „Pisa“-Vergleichen hatte die Koalition ein hohes Reformtempo vorgelegt: Schon ein Jahr nach Rüttgers' Amtsantritt legten CDU und FDP mit dem neuen Schulgesetz ein klares Bekenntnis zum vielgliedrigen System aus Haupt-, Real-, Gesamtschulen und Gymnasien ab. Die SPD dagegen wagte – anders als ihr früherer grüner Koalitionspartner – erst in der Opposition das Bekenntnis zu einer Gemein-

schaftsschule bis zur 10. Klasse.

Die Landesregierung setzt mit ihrer Reform auf mehr Leistung, Wettbewerb und Förderung. Zu den umstrittensten Neuerungen zählen der um ein Jahr verkürzte Weg zum Abitur und die Einführung des Zentralabiturs – von SPD und Grünen gern als Überforderung der Schüler kritisiert. Ebenfalls heiß diskutiert – und bald nach ihrer Einführung von sechs auf drei halbiert – wurden die neuen „Kopfnoten“ für das Arbeits- und Sozialverhalten.

Die SZ-Analyse

An den Hochschulen versuchte die Koalition, mittels Studiengebühren besseres Lernen und Lehren zu ermöglichen. Seit dem Wintersemester 2006/2007 können die 37 öffentlichen Hochschulen im Land bis zu 500 Euro pro Semester erheben. Trotz der Kritik von Studentenverbänden wurde die Einführung der Gebühren nicht von Massenprotesten begleitet – allerdings beschwerten sich die Studierenden weiterhin über schlechte Studienbedingungen an vielen Fakultäten.

In den Schulen klagen Pennäler über den gestiegenen Leistungsdruck im nur noch achtjährigen Gymnasium. Den Ruf gestresster Eltern erhörte die FDP; sie fordert nun von Schulministerin

Barbara Sommer (CDU) mehr Unterstützung für die Gymnasialen, etwa Hausaufgabenhilfe an den Schulen. Einmütig und stolz verweisen die Koalitionäre aber auf ihre Investitionen in die Schulen: Seit 2005 habe man über 8000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen, die Zahl der Plätze in Ganztagschulen sei zum kommenden Schuljahr um 77 Prozent auf 607 000 gestiegen.

Die Opposition hält die Lehrerbilanz für geschönt. Und die von der Regierung gelobte Halbierung des Unterrichtsausfalls seit 2005 hat in der Praxis viele Gesichter: Die Kinder stehen zwar nicht mehr unerwartet vor der Haustür, wenn eine Stunde ausfällt. Häufig wird aber nur fachfremder Vertretungsunterricht oder eine stille Beschäftigung angeboten. Und auch die großen Klassen sind in Nordrhein-Westfalen noch eine große Baustelle.

Ungelöst sind auch die Probleme der Hauptschulen: Obwohl die Landesregierung viel Geld in diese Schulform gepumpt hat, werden immer weniger Kinder dort angemeldet. Klärungsbedarf darüber gibt es auch innerhalb der Koalition: Die Liberalen wollen regionale Mittelschulen einführen, in denen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengelegt werden können. Die CDU allerdings lässt sich für dieses Modell nicht begeistern.

Ihr Schreiben

Schlaflose Nächte stehen noch bevor

Zum Artikel „Fischzucht wird deutlich teurer“ (31. März)

Unabhängig von der Rechtmäßigkeit ist die Stadt Völklingen derzeit nicht in der Lage, die Finanzmittel zur Fertigstellung ihrer umstrittenen Meeresfischzucht aufzubringen. Händeringend werden weitere Investoren gesucht. Benötigte Mittel von angeblich 2,3 Millionen Euro werden kaum ausreichen, um die noch einzubauende „Seewasser-

Hochtechnologie“ zu finanzieren. Ein sehr hoher Kapitalbedarf für die Anlaufphase kommt hinzu. Insofern dürfte die Kapitalbeschaffung den Stadtvätern noch viele schlaflose Nächte bescheren. Wer kauft Fische ab Farm zu Selbstkostenpreisen von über 20 Euro pro Kilo? Eine Sorgfaltpflichtprüfung kann angesichts offensichtlicher Schwachstellen nicht stattgefunden haben. Wer unter dem Deckmantel angeblicher „Zukunftstechnologie“ versucht, sich im Markt auf dem Rücken des Gemeinwohls zu profilieren, hat weder Nachsicht noch „Fairness“ verdient, wie es im SZ-Kommentar verlangt wird. Heribert Reinhardt, Rheinberg-Orsoyberg

LESERBRIEFE

Meine Antwort



Joachim Wollschläger, Redakteur der SZ, meint dazu:

Sehr geehrter Herr Reinhardt,

die Fischzucht ist ein Thema, bei dem viele Parteien verschiedenste Interessen verfolgen. Deshalb ist bei aller Kritik Vorsicht angebracht. Grundsätzlich haben Sie Recht, dass dem Projekt eine Wirtschaftlichkeitsrechnung zugrunde liegen muss. Dass die Stadt Völklingen diese bisher nicht offen gelegt hat, gibt begründeten Anlass zu Kritik. Trotzdem sollte bis zum Beweis des Gegenteils eine Sorgfalt bei der Berechnung unterstellt werden. Am grundsätzlichen Kritikpunkt, dass es mitnichten Aufgabe einer Kommune sein kann, eine Fischzucht zu betreiben, ändert das allerdings nichts. Ihr Joachim Wollschläger

BERGBAU

Die schwere Arbeit hat ihre Rente verdient

Zum Leserbrief „Andere Arbeitnehmer hatten es schwerer“ von Ute Lenkawa (SZ vom 1. April)

In den 80er-Jahren hatte jeder (aufgrund der Kohlevorrangpolitik) die Möglichkeit, sich bei Saarberg zu bewerben, um den Beruf des Bergmannes zu ergreifen. Viele der damals Eingestellten (aus allen Berufsfeldern) haben nach kurzer Zeit diesen Job wieder hingeschmissen. Weil er nach wie vor körperlich sehr viel abverlangt. Viele lehnten den Job von vornherein ab: „Do gäbs jo käänn Fensder.“ Bergleuten ihre Rente zu neiden, ist einfach asozial. Die Bergbausubventionen haben über Jahrzehnte für Tausende von Saarländern sichere Arbeitsplätze bedeutet. Und es ist doch besser, Kapital für die eigenen Leute einzusetzen, als das Geld in den Finanzmärkten verpuffen zu lassen. Volker Pütz, Homburg

GRÜNE

Nicht alle Osterierer richtig angekommen?

Zum Artikel „39 grüne Ortsverbände gegen zwei“ (1. April) und zu anderen SZ-Beiträgen

Was das nun ein Aprilscherz oder grüne Realsatire? Die „Basis“, 39 Chefs und Mandatsträger grüner Ortsverbände, protestiert gegen zwei Nestbeschmutzer. Weil diese es gewagt haben, die 48 000-Eier-Spende des Osterhasen an die Grünen und die folgende Jamaika-Connection öffentlich zu kritisieren. Wer bei so vielen bunten Eiern noch Transparenz einfordert, muss wegen „Privatfehden“ gemobbt werden. Nur der Oberguru weiß, was für die Grünen gut ist. Und seine devoten Bewunderer wissen, was ihrem Boss gut tut. So passen sie prima zueinander: der Osterhase, der Eier-sammler und seine Bewunderer, die wohl hoffen, auch noch ein paar Eier abzubekommen. Hartmut Regitz, Illingen

PRESSESCHAU

Nach dem tödlichen Anschlag auf Bundeswehrosoldaten in Afghanistan plädiert die „Neue Westfälische“ aus Bielefeld für den Abzug der Deutschen:

„Nichts ist gut in Afghanistan“, hat die damalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann in ihrem Neujahrsgottesdienst gesagt. Dieses Osterwochenende setzt sie auf tragische Weise erneut ins Recht. (...) Afghanistans Präsident warnt den Westen, die Taliban würden zur legitimen Widerstandsbewegung, falls ausländische Truppen seiner Regierung weitere Vorschriften machten. Gegen Regierung und Taliban aber kann kein Militär das Land befrieden. Verteidigungsminister zu Guttenberg spricht derweil erneut von Krieg. Selbst wenn er das nur „umgangssprachlich“ tut: Was eigentlich will uns der schneidige Baron damit sagen? (...) Ganz gleich, ob Freiheit verteidigt oder Krieg geführt wird: Es wird Zeit für den Abzug.

Auch die „Braunschweiger Zeitung“ fordert die Neubewertung des Einsatzes – mit der Möglichkeit eines schnellen Abzugs:

Die deutschen Soldaten befinden sich am Hindukusch in einer Situation, die vor Jahren nicht abzusehen war. Wie man den Zustand in Afghanistan auch bezeichnen mag: Die Politik muss für die Sicherheit ihrer Soldaten garantieren, auch für die rechtliche Sicherheit. Kann sie dies nicht, muss sie für einen schnellen Abzug sorgen.

Zum Streit über das Wort „Krieg“ meint die „Emdener Zeitung“:

Seit Ostern wird – sprachlich – ein bisschen weniger herumgeeiert. Es waren nicht zuletzt verschwommene Begriffe wie „Stabilisierungseinsatz“ und „kriegsähnlicher Einsatz“, die die Glaubwürdigkeit der deutschen Afghanistan-Politik bei den Bürgern nahezu auf den Nullpunkt brachte. (...) Wer ständig für die Akzeptanz dieses Einsatzes wirbt, sollte sich einer wahren und klaren Sprache bedienen. Er macht sonst die vorgeblich guten Gründe des Einsatzes unglaubwürdig.

„Der neue Tag“ aus Weiden lenkt den Blick auf die technische Ausrüstung der Bundeswehr:

Tag für Tag riskieren die Soldaten in Afghanistan ihre Gesundheit, ihr Leben. Dafür verdienen sie unseren Respekt. Aber die Soldaten müssen so ausgerüstet sein, dass sie diesen Einsatz möglichst unbeschadet absolvieren können. (...) Eine demokratische Regierung darf Soldaten nicht ohne Schutz in riskante Einsätze schicken. Das ist ein Verbrechen.

Produktion dieser Seite:

Monika Kühborth
Peter Seringhaus

SAARBRÜCKER ZEITUNG
GEGRÜNDET 1761

Chefredakteur:
PETER STEFAN HERBST
Stellvertretende Chefredakteure:
BERNARD BERNARDING
PETER SERINGHAUS

Chef vom Dienst: Aloisius Tritz, Art-Director: Robby Lorenz, Politik/Nachrichten/Wirtschaft: Ulrich Brenner (Leiter), Monika Kühborth (stellv. Leiterin); Landespolitik/Region/Kultur: Oliver Schwambach (Leiter), Dietmar Klostermann, Guido Peters (beide stellv. Leiter); Sport: Mark Weishaupt (Leiter), Klaus Kalsch (stellv. Leiter); Motor/Reise/Spezialthemen: Peter Bykda (Leiter), Martin Lindemann, Thomas Reinhardt (beide Stellv.); Chefredakteur: Michael Jungmann, Reporter/Recht: Wolfgang Jil, Reporter: Cathrin Ess-Seringhaus, Gerhard Franz, Regionalredaktion Mitte: Dr. Ilka Desgranges (Leiterin), Doris Döpke, Alexander Will (beide Stellv.); für die Lokalausgaben Saarbrücken, Sulzbachtal/Fischbachtal, Köllertal, Völklingen/Wärndt, Regionalredaktion West: Volker Fuchs, Mathias Winters (beide Leiter) für die Lokalausgaben Merzig/Wadern, Saarlouis, Dillingen und St. Wendel, Regionalredaktion Ost: Manfred Krause (Leiter), Peter Neuheisel (stellv. Leiter) für die Lokalausgaben Homburg, St. Ingbert und Neunkirchen, Berliner Büro: Werner Kolhoff (Leiter), Hagen Strauß, Stefan Vetter; Multimedia und saarbruecker-zeitung.de: Christian Lauer (Leiter). Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Gewähr.

Geschäftsführung:
DR. JOACHIM MEINHOLD (VORSITZENDER)
CHRISTIAN ERHORN

Verlags-geschäftsführer:
THOMAS DEICKE

Verlagsleitung:
MICHAEL SCHMIEHER, THOMAS MARX

Druck und Verlag Saarbrücker Zeitung, Verlag und Druckerei GmbH, 66103 Saarbrücken, Gutenbergstr. 11-23, Tel.: (06 81) 502-0, Saar-LB Kto. 7907-008, BLZ 590 500 00, Postverlagsort Saarbrücken. Erscheint täglich außer sonntags. Bezugspreis inkl. Zustellung 25,90 € bei monatlicher Zahlung, bei Postbezug 30,10 €. Postbezug Ausland 51,50 € (im Inland einschl. 7 % MwSt.). Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Abbestellungen nur schriftlich mit einer Frist von 6 Wochen zum Quartalsende. Vertriebsleiter: Thomas Marx. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Leistung. Anzeigen laut Preisliste Nr. 58 ab 1. Januar 2010. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 15 ab 1. Januar 2010. Anzeigen: Michael Schmieder, Briefadresse der Redaktion, der verantwortlichen Redakteure und der Verantwortlichen für den Anzeigentext: Gutenbergstr. 11-23, 66103 Saarbrücken.

www.saarbruecker-zeitung.de; www.sol.de
Abo-Service: (06 81) 502 502
Privatanzeigen: (06 81) 502 503
Redaktion: (06 81) 502 504

Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir freuen uns über Ihre Leserbriefe zu Themen, über die die Saarbrücker Zeitung berichtet hat. Damit ein möglichst großer Leserkreis zu Wort kommen kann, müssen Zuschriften gekürzt werden. Anonyme oder fingierte Briefe sowie beleidigende Texte veröffentlichen wir nicht. Gleiches gilt für Zuschriften, deren Inhalt nicht dem Grundgesetz entspricht. Politische Funktionsträger und offizielle Stellen dürfen sich generell nicht auf Leserbrief-Seiten äußern. Gleiches gilt für Vereins- oder Verbandsvertreter, die sich in eigener Sache zu Wort melden. Zum Abdruck von Leserbriefen sind wir nicht verpflichtet. Die Redaktion trägt die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung für veröffentlichte Zuschriften. Bitte geben Sie immer Ihre Anschrift und Telefonnummer an.
Leserbrief-Redaktion:
Telefon: (06 81) 5 02 20 41, Fax: (06 81) 5 02 20 79, E-Mail: leserbrieftext@sz-sb.de

Mit Ihrer Zeitung im Dialog

